

Dipl.-Ing. Paul J. Lovrek

**"Die Gestaltung unseres Lebensraumes unter Berücksichtigung
regionaler Perspektiven"**

"Die rasche Entwicklung unserer Zeit bedingt u.a. einen Wandel auf technologischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet. Einzelne Gemeinden stehen im vielschichtigen Zusammenhang mit zahlreichen anderen Gemeinden. Kommunale Aufgaben, die die gegebene örtliche Verwaltungskraft übersteigen, bleiben ungelöst, wenn sie nicht von einem überörtlichen Träger übernommen werden, oder durch interkommunale Zusammenarbeit gelöst werden können".

Mit diesen Feststellungen wurde von der Landesplanungsstelle beim Amt der Salzburger Landesregierung vor bereits mehr als 10 Jahren in den Salzburger Gemeinden für die Gründung freiwilliger regionaler Planungsverbände geworben. Mit Hilfe solcher Verbände wollte man gemeinsame Ziele realisieren, kommunale Einrichtungen wirtschaftlicher gestalten und vor allem, gemeinsame Probleme aus der Sicht einer Region lösen, um durch erhöhte Attraktivität die Selbständigkeit der Gemeinden zu stärken und die Eigenart unserer Landschaft zu bewahren.

Im November 1974 wurde daraufhin der Regionalverband Salzburg Stadt und Umgebungsgemeinden (RVS) gegründet.

Ihm gehören seit damals die Gemeinden: Anif, Anthering, Bergheim, Elsbethen, Grödig, Hallwang, Koppl, Wals-Siezenheim und die Stadt Salzburg an. Die Verbandsfläche beträgt ca. 220 km².

Der Regionalverband ist nach Art eines Vereins organisiert.

Hauptziel des Verbandes ist es, eine Interessensabstimmung der Mitgliedsgemeinden für gemeinsame Raumordnungsmaßnahmen zu erreichen. Der Aufgabenbereich ist nach dem § 22 des ROG 77 geregelt und sieht die Zusammenarbeit der Mitgliedsgemeinden zum Zweck der Übereinstimmung ihrer Entwicklungsmaßnahmen, deren Auswirkungen nicht an den Gemeindegrenzen enden. Als Grundlage für die Entwicklungskonzepte der zusammengeschlossenen Gemeinden können Regionalverbände eigene Regionalpläne erstellen. Allerdings haben solche Regionalpläne nur den Status von freiwilligen Abmachungen, besitzen also keine normative Wirkung.

Der Verbandszweck wird durch ideelle und materielle Mittel verwirklicht. Unter ideellen Mittel ist die Koordinierung aller im Verbandsgebiet wirkenden Kräfte, die Zusammenarbeit mit Behörden und sonstigen Institutionen, die Vergabe von Forschungsaufträgen, Studien und Untersuchungen, die Erstellung eines regionalen Entwicklungsleitbildes, die Beratung und Unterstützung der Verbandsmitglieder bei der Durchführung raumordnerischer Maßnahmen sowie die Vertretung gemeinsamer Interessen der Verbandsmitglieder nach außen zu verstehen. Die materiellen Mittel werden in Form von Subventionen und Mitgliedsbeiträgen aufgebracht, wobei die Beitragsberechnung für alle Gemeinden gleich, auf Basis der jeweiligen Einwohnerzahl beruht.

Der Vorsitz im Regionalverband wurde anfangs von den, für die Planung in der Landeshauptstadt zuständigen Politikern geführt. Im Lauf der Jahre hat sich aber gezeigt, daß die Zentralisierung aller Aufgaben in der Landeshauptstadt teils aus fachlichen und teils aus politischen Gründen weder ideal noch besonders wünschenswert ist. Diesen Umstand wurde Rechnung getragen und der Vorsitz dem Bürgermeister einer Umlandgemeinde (seit 1983: Bgm. Ing. Alois Ehrenreich; Gemeinde Anthering) übergeben. Gleichzeitig wurde erstmals eine eigene Geschäftsstelle eingerichtet und ein Raumplaner mit der Geschäftsführung betraut.

Seither konnte vom Verband eine Reihe von Tätigkeiten entwickelt werden, die von der reinen Beratungs- oder Koordinierungsfunktion bis zur Entwicklung eigener Planungskonzepte reichen:

- Vier der neun Mitgliedsgemeinden sind gegenwärtig damit beschäftigt, dem Gesetzauftrag gerecht zu werden und erstellen räumliche Entwicklungskonzepte sowie neue Flächenwidmungspläne. Als Grundlage für die örtliche Raumplanung dient diesen Gemeinden, eine vom Regionalverband beauftragte und im Frühjahr 1984 abgeschlossene Studie, in der die regionalen Probleme und Ziele erfaßt und dargestellt wurden.
- Im Rahmen der, beim Amt der Salzburger Landesregierung eingesetzten, Nahverkehrskommission wurde dem Regionalverband die Arbeit übertragen, die städtischen Haupttradwege mit bestehenden oder möglichen Radwegen der Umlandgemeinden abzustimmen.
- Auf Initiative des Verbandes konnte erwirkt werden, daß die Vorstellungen der Umlandgemeinden hinsichtlich einer besseren Versorgung mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln in der Untersuchung zur Neugestaltung des Verkehrsnetzwerkes der Landeshauptstadt mitberücksichtigt wurden.
- Im Rahmen sogenannter Koordinierungsgespräche werden Planungsvorhaben, zwischen den "betroffenen" Gemeinden abgeklärt.
- Eine wesentliche Aufgabe für den Verband besteht auch in der Bewußtseinbildung zu Fragen der Raumordnung. Dazu wird von der Geschäftsstelle des Verbandes der Einsatz einer Raumplanungs-Wanderausstellung organisiert und koordiniert. Diese Ausstellung wird im Rahmen von Bevölkerungsversammlungen primär in den Verbandsgemeinden eingesetzt, die gerade mit der Überarbeitung ihrer örtlichen Raumplanung beschäftigt sind.
- Ein anderer Weg der Bewußtseinbildung wird durch die Veranstaltung von Arbeitstagungen mit spezieller Themenstellung beschritten. So wurden bereits die Themen: "Räumliches Entwicklungskonzept - Sinn und Zweck" sowie "Kommunale Baulandsicherung - aktive Bodenpolitik der Gemeinde" und "Bebauungsplanung" behandelt.

- Durch die geplante Einführung eines LKW-Nachtparkverbotes in der Landeshauptstadt wurde allgemein befürchtet, daß die Probleme, die durch das Langzeitparken der vorwiegend internationalen LKW-Züge bewirkt werden, auf die Umlandgemeinden verlagert werden. Wegen des überörtlichen Charakters dieses Problems wurde von der Landeshauptstadt in Ermangelung einer eigenen geeigneten Fläche die Errichtung eines LKW-Hofes in einer der Umlandgemeinden gefordert, von diesen jedoch abgelehnt.

Vom Regionalverband wurde daher ein Konzept ausgearbeitet, das zum Einen darauf abzielte, bisher vernachlässigte Primärdaten im Stadtbereich zu erheben, zum Anderen aber auch gleichzeitig die Überprüfung der Auslastungskapazitäten bestehender und für diese Nutzung eventuell geeigneter Abstellplätze vorsah. Die Durchführung dieses Konzeptes brachte schließlich eindeutig zutage, daß einerseits die ins Auge gefaßten Parkplätze keine Reservekapazitäten besitzen, andererseits aber auch der Anteil ausländischer LKW in der Landeshauptstadt so klein ist, daß die Errichtung eines LKW-Hofes keinesfalls gerechtfertigt ist und auch die Verlagerung des Park-Problems auf die Umlandgemeinden nicht zu befürchten ist.

- Das schwierigste und größte Projekt des Regionalverbandes liegt im Bereich der regionalen Grünraumplanung. Mit der Festlegung eines "Grünflächengürtels" um die Landeshauptstadt sollen bestimmte Grünräume im Bereich der Stadtgrenze von Zersiedelungen verschont bleiben, soll ein siedlungsbezogenes Zusammenwachsen von Anrainergemeinden und Stadt verhindert und dadurch die Eigenständigkeit der Gemeinden erhalten bzw. gestärkt werden. Ferner sollen die für den Salzburger Zentralraum so charakteristischen Grünräume und Grünkeile, die Flächen für eine funktionstüchtige Landwirtschaft sowie die Erhaltung von Naherholungsräumen gesichert werden.

- Wegen der aktuellen Überarbeitung der örtlichen Raumordnung in einigen unseren Mitgliedsgemeinden, wird bzw. wurde das Thema Grünflächengürtel gemeindeweise im Rahmen der Erstellung der Räumlichen Entwicklungskonzepte diskutiert und nicht isoliert davon betrieben. Die Bemühungen der Geschäftsführung sind daher primär auf eine enge Kooperation mit den jeweiligen Ortsplanern ausgerichtet. Durch diese

Vorgangsweise haben die RVS-Vorstellungen inzwischen in die neu erstellten Räumlichen Entwicklungskonzepte von Hallwang, Bergheim und Grödig Eingang gefunden.

- Dem Themenbereich Grünflächengürtel ist im weitesten Sinne auch meine Mitarbeit an der wissenschaftlichen Erhebung der "land- und fortstwirtschaftliche Situation in der Stadt Salzburg und ihren Umlandgemeinden" hinzurechnen, die federführend vom Salzburger Institut für Raumforschung im Auftrag des Stadtplanungsamtes durchgeführt wurde.
- Für die Gemeinden Salzburg, Anif, Grödig, und Wals-Siezenheim wurde ein Konzept für regionale Radwegverbindungen erstellt. Dieses Konzept beinhaltet einen Empfehlungskatalog für eine, unter den beteiligten Gemeinden abgestimmte, gemeinsame Vorgangsweise sowie detaillierte Vorschläge für die notwendige Realisierungsmaßnahmen.
- Die Vermittlungstätigkeit im Zusammenhang mit der "Buslinie H", (jetzt: Linie 55), konnte positiv abgeschlossen werden. Der von mir entwickelte Kompromißvorschlag hat schließlich dazu geführt, daß es seit 1. Oktober 1986 sowohl einen Tarifverbund, als auch einen 1/2 Stundentakt zwischen St. Leonhard und dem Hauptbahnhof gibt.
- Auf RVS-Initiative konnte die Flughafenbetriebsgesellschaft Salzburg dazu veranlaßt werden, im Rahmen einer informellen Fachtagung über ihre langfristigen räumlichen und funktionellen Erschließungsüberlegungen sowie über ihre Vorstellungen hinsichtlich einer besseren Anbindung des Flughafens an das übergeordnete Straßennetz zu informieren.

- Über Vermittlung der RVS-Geschäftsstelle wurde von Studenten der Universität für Bodenkultur ein Landschaftsplan für die Gemeinde Wals-Siezenheim erarbeitet. Diese Untersuchung, die sich durch einen enormen Detaillierungsgrad auszeichnet, beinhaltet eine große Zahl von Maßnahmevorschlägen und für zwei Teilgebiete auch konkrete Gestaltungsplanungen.
- Zum Straßenbauvorhaben an der Wolfgangsee Bundesstraße (B 158) wurde von der RVS-Geschäftsstelle intensive Organisations- und Koordinierungsarbeit geleistet. Mit Stolz kann berichtet werden, daß diese Tätigkeit (nach über 8 Jahren!) endlich zu einem erfolgreichen Abschluß der Planungsarbeiten geführt hat und die Realisierungsphase eingeleitet werden konnte.

In nahezu all den oben beschriebenen Verbandstätigkeiten gilt es die wechselseitigen Verflechtungen zwischen Stadt und Nachbargemeinden zu koordinieren. Wie sich zeigt, haben in unserem Gebiet, regionale Planungsmaßnahmen ihren Ursprung zumeist in der Wechselwirkung zwischen Stadt und Anrainergemeinden und weit seltener in der zweier Umlandgemeinden, weshalb sich der Regionalverband auch als Koordinator zwischen ungleichen Partnern versteht. In Ermangelung einer rechtlichen Kompetenz können positive Arbeitsergebnisse nur auf freiwilliger Basis, also nach vorheriger Konsensfindung zwischen den Gemeinden erzielt werden. Diese Tatsache erschwert die Arbeit vielfach, ermöglicht es aber bisweilen auch verhärtete Positionen, abseits der politischen Ebene auf neutralem Boden und in sachlicher Atmosphäre zu lockern.

Um Mißverständnissen von vorneherein entgegen zu wirken, sei deutlich darauf hingewiesen, daß die Tätigkeit regionaler Planungsverbände keinesfalls die Unterminierung der Gemeindehoheit sowie auch nicht die Übernahme von Gemeindekompetenzen in Fragen der örtlichen Raumplanung bedeutet.

Regionalverbände haben umfassende und grundsätzliche Ziele. Sie sind Plattform für eine sonst kaum praktizierte Querinformation zwischen den Gemeinden, sie sind Bewußtseinbildner und Initiativenwecker, sie sind Argumentations- und Artikulationshelfer und sie sind vor allem die, die regionale Planungsperspektiven mitgestalten und zu deren Realisierung beitragen.

Raumplanung, als ordnungs- und entwicklungspolitisches Instrument ist in diesem Zusammenhang nicht statisch zu verstehen, d.h. sie ist nicht allein auf das Programm und den Plan ausgerichtet. Regionalplanerische Aktivitäten bieten viel mehr Gelegenheit zu vertikalen (= zwischen den Gebietskörperschaften) und horizontaler (= zwischen den Sachbereichen) Information und Koordination.

Eine von Gemeinden gemeinsam geführte Diskussion zu Planungsüberlegungen bewirkt eine Fülle gegenseitiger Anregungen, deren Ergebnis u.a. auch die kooperative Realisierung gemeinsamer Raumordnungsmaßnahmen, wie z.B. Schulversorgung, Freizeiteinrichtungen, Kultureinrichtungen, Sozial- und Infrastruktureinrichtung oder gemeinsame Baulandaufschließungen u.a. auf interkommunaler Ebene offen läßt.

Auf diese Weise lassen sich Einrichtungen, die dem Wohl einer sich über mehrere Gemeinden erstreckenden, größeren Region dienen, leichter realisieren oder wirtschaftlicher gestalten. Darüberhinaus läßt sich an dieser Stelle aber auch eines der wichtigsten raumordnungs- und entwicklungspolitischen Instrumente zwischen Gemeinden, die Flächennutzungssteuerung über die Baulandausweisung in den Flächenwidmungsplänen, einordnen.

Ich hoffe, daß ich mit diesen Ausführungen ein wenig die Bedeutung und die Notwendigkeit der regionalen Betrachtungsweise und des "Miteinander" vermitteln konnte und will nun zum "Arbeitskreis Zentralraum" im Rahmen des Modells 2000 übergehen und Ihnen abschließend einen kurzen Tätigkeitsbericht geben.

Bevor wir überhaupt an die Überlegungen zur Problemstellung gingen, mußten wir uns zunächst klar darüber werden, welches Gebiet unter "Zentralraum" zu verstehen ist. Klar war, daß darunter keinesfalls nur das Stadtgebiet bzw. das der unmittelbaren Nachbargemeinden der Stadt zu verstehen ist. Nach eingehender Diskussion einigten wir uns auf eine Abgrenzung analog der des Entwicklungsplanes Salzburg Stadt und Umgebung, d.h. das Gebiet des gesamten Flachgaves und Teile des Tennengaves (Puch, Oberalm, Adnet, Vigaun, Hallein, Kuchl, Golling).

Von folgender Problemstellung war bei den weiteren Überlegungen auszugehen:

- aus dem Osten Österreichs ist für die nächsten 30 Jahre eine enorme Zuwanderung in die westlichen Bundesländer zu erwarten.
- Relativ am stärksten davon betroffen wird der Zentralraum Salzburg sein.
- Dies beweist eine Bevölkerungsprognose der ÖROK (1981 - 2011):

Land Salzburg	+ 20,5 %
Sbg./Umgebung	+ 45,0 %
Bzk. Hallein	+ 24,0 %
Stadt Sbg.	+ 4,0 %

Trotz Berücksichtigung von Prognoseunsicherheiten muß mit einer erheblichen Einwohnerentwicklung im Zentralraum gerechnet werden (=Flächenbedarf bzw. -verbrauch!)

- Die Bevölkerungszunahme wird den Zentralraum Salzburg somit ökonomisch wie auch ökologisch vor kaum mehr zu verkraftende Probleme stellen.

Probleme des Zentralraumes, die selbstverständlich auch zu Problemen jeder einzelnen Gemeinde werden können. Denken Sie nur daran, daß durch einen übermäßigen Bevölkerungszug beispielsweise die Einrichtungen

der Sozialen Infrastruktur (Schulen, Kindergarten, Altersheime u.a.) in den einzelnen Gemeinden nicht mehr ausreichen könnten; oder das wegen der mangelnden Verkaufsbereitschaft von Bauland ein übermäßiger Druck nach Baubewilligungen im Grünland entsteht, dem man nicht standhalten kann, wodurch wiederum nicht nur einer weiteren Zersiedelung Vorschub geleistet wird, sondern auch der Gemeinde zusätzliche Infrastrukturkosten aufgehalst werden, die allein schon wegen der geringen Siedlungsdichte im Grünland unwirtschaftlich sind.

Es gäbe noch eine ganze Reihe anderer Probleme, die auf die einzelnen Gemeinden einwirken (Verkehr, Umweltbelastungen) werden, anzuführen;

Dies würde aber zu weit führen.

Nach dieser kurzen und oberflächlichen Problembeschreibung steht aber bereits eines fest: die Problembewältigung muß im Zusammenwirken aller Zentralraumgemeinden erfolgen!

Nach langer Diskussion sind wir in unserem Arbeitskreis zu der Ansicht gelangt, es genügt nicht, wenn wir von irgendwelchen Hypothesen - was die zukünftige Bevölkerungsentwicklung des gesamten Flachgaus anbelangt - ausgehen und davon Ziele und Maßnahmen ableiten, weil damit die konkrete Problematik für einzelne Teilgebiete des Untersuchungsgebietes nicht transparent wird und somit auch eine gemeinsame Problembewältigung ein frommer Wunsch bleiben dürfte.

Wir wollen daher eine Bevölkerungsvorausschätzung bis zum Jahr 2005 für, nach bestimmte Kriterien abgegrenzte "Kleinregionen" erstellen. Davon abgeleitet soll eine Wohnbauflächenbedarfsprognose und eine Infrastrukturbedarfsprognose erarbeitet werden. Die Ergebnisse dieser Vorausschätzung und der Prognosen sind hierauf mit den Inhalten der Räumlichen Entwicklungskonzepte zu überlagern, um festzustellen, wo und in welchem Ausmaß mit Problemen zu rechnen sein wird.

Erst dann kann im Rahmen des Arbeitskreises an die Formulierung von Zielen und Maßnahmen gegangen werden.

Ich nehme an, daß sich ihr Arbeitskreis mit denselben oder zumindest ganz ähnlichen Fragen beschäftigen wird.

Wegen der Komplexität der Aufgaben - bzw. Problemstellung würde ich jedoch darum ersuchen, daß wir in akkordierter Weise vorgehen.

Danke.